

Frieden, Demokratie und Freiheit sind auch in Deutschland nicht selbstverständlich



Im nun zu Ende gehenden Jahr mussten wir die bittere Erfahrung machen, dass auch bei uns in Europa der Frieden keineswegs selbstverständlich ist. Der brutale russische Überfall auf die Ukraine hat viele Tote und Verwundete sowie milliardenschwere Zerstörungen verursacht, und Millionen von Kriegsflüchtlingen sind die auch uns betreffende Folge. Leider ist auch nach zehn Monaten Krieg noch immer kein Waffenstillstand, geschweige denn ein Friede in Sicht.

Deshalb können wir froh und glücklich sein, dass wir in Deutschland nun schon **seit über 77 Jahren Frieden** haben. Vielen Generationen vor uns war dies nicht vergönnt. Allein in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts gab es zwei verheerende Weltkriege.

Wir sollten daher allen seitherigen Regierungen, Parlamenten und Politikern dafür danken, dass sie uns in den vergangenen Jahrzehnten durch eine kluge und weitsichtige Friedenspolitik vor kriegerischen Auseinandersetzungen bewahrt haben. **Frieden ist zwar nicht alles im Leben – aber ohne Frieden ist alles nichts!**

Freiheitliche Demokratie verteidigen

Ein weiterer Grund für Dankbarkeit ist sicherlich auch, dass wir seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 das große Glück haben, in einem **freiheitlich demokratischen Rechtsstaat** leben zu können. Viele Menschen, denen dies in ihren Staaten verwehrt bleibt, beneiden uns darum, während wir das oft nicht genügend schätzen.

Doch auch bei uns ist die Demokratie nicht auf Dauer gesichert. Sie muss immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Je weniger Menschen sich jedoch für Politik interessieren und bereit sind, sich gründlich über gesellschaftliche Probleme und Zusammenhänge

zu informieren, desto gefährdeter ist in einem Staat die Demokratie und umso leichter kann es zu einer Diktatur kommen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass möglichst viele Menschen politisch engagiert sind und dass sie stets für Meinungsfreiheit und Toleranz eintreten. Dies kann in Vereinen, Umwelt- und Naturschutzverbänden, in Kirchen, Gewerkschaften, Elternbeiräten, in kommunalen Gremien, wie z.B. Gemeinderäten oder Kreistagen, und insbesondere in demokratischen Parteien geschehen.

Wenn es mehrere politische Parteien mit vielen aktiven Mitgliedern in einem Staat gibt, ist die Gefahr einer Diktatur so gut wie ausgeschlossen. Eines ist klar: Ohne verschiedene Parteien gibt es keine Demokratie. Und typisch für jede Diktatur ist, dass gleich zu Beginn alle demokratischen Parteien und Gewerkschaften verboten werden, wie es z.B. auch bei uns im 3. Reich war. Deshalb sollten (bei aller oft berechtigten Kritik an jeder Partei) möglichst viele Menschen in unterschiedlichen Parteien aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken. Dies wäre die beste Garantie für den Erhalt unserer freiheitlichen Demokratie.

Willi Häfele



***Der SPD-Ortsverein und die SPD-Gemeinderatsfraktion
wünschen allen Leserinnen und Lesern schöne und frohe Weihnachtstage
sowie ein gesundes und hoffentlich friedliches
neues Jahr 2023.***

Franz Baumann für 50 Jahre Parteimitgliedschaft geehrt



Beim Jahresfest des SPD-Ortsvereins am 29. November im Brenzer Schloss wurde Franz Baumann für ein halbes Jahrhundert Mitgliedschaft in der SPD geehrt. In Anwesenheit von Bürgermeister Tobias Rief würdigte der mit seiner Frau Christine angereiste Landesvorsitzende Andreas Stoch das langjährige politische Engagement des Jubilars, der von 1975-1989 dem Sontheimer Gemeinderat angehörte und der wesentlichen Anteil am Entstehen der Ortsvereinszeitung „d's andre blättle“ hatte.



Unser Bild zeigt links Franz Baumann, der vom Ortsvereinsvorsitzenden Erwin Resch (Bildmitte) und von MdL Andreas Stoch (rechts) eine Urkunde sowie die goldene SPD-Nadel überreicht bekam. Foto: G. Neumann



Liebe Leserinnen und Leser,

schon seit über 45 Jahren schafft es der SPD-Ortsverein unserer Gemeinde, mehrmals jährlich eine eigene kleine Zeitung namens „d's andre blättle“ herauszugeben. Dieses Blättle wird von ehrenamtlich tätigen Austrägerinnen und Austrägern allen Haushalten in Sontheim, Brenz und Bergenweiler kostenlos zugestellt. Auch alle Artikelschreiberinnen und -schreiber erhalten keinerlei Vergütung für ihre Arbeit. Trotzdem entstehen natürlich für den Druck von über 2.000 Exemplaren erhebliche Kosten. Da wir – um unabhängig zu sein – auf Werbeanzeigen bewusst verzichten, haben wir keine Einnahmen und sind auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Wenn Sie uns fürs Blättle eine Spende machen könnten, würde uns dies sehr freuen. Sie erhalten dann von uns eine Spendenbescheinigung, mit der Sie bei Ihrem Steuerausgleich vom Finanzamt die Hälfte wieder erstattet bekommen.

Vielen Dank im Voraus!
Ihre Blättlesredaktion

Spendenkonto: KSK Heidenheim
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

des war scho a ganz speziella Gmoidratsitzong em Oktober.

Dr erscht Punkt, wo dao em Osiander aufgfalla isch, war d'Verabschiedong vom 1. Nachtrags-haushalt 2022. En dem Plan wurdat verschiedane A'schaffonga ond Projekte nomaol en da Haushalt mit ei'grechnat, dia oifach wega osra verruckta Zeit meah Geld koschtat. Ao hat dr Gmoidrat beschlossa, no 800.000 Euro aufzomnemma, om dia Gmoidskass wieder en Schwung zom bringa. Kaum a paar Tag später werrat nao aber ao no zwoi Stella en dr Verwaltung ausgschriebe. Oina isch a Assistentsstell vom Schultes. De ander a A10-Stell für Jugend ond Soziales. Des isch deswega scho a spannenda Gschicht, weil ja dia nuie Leut ao an Haufa Geld koschtat ond weil doch dia Gmoidrät scho seit a paar Jaohr dia Stellabeschreibonga en de Sitzonga fordrat, aber bis heut no koina dao isch.



Dr zwoite Punkt en dr gleicha Sitzong war dia Vorstellung vom nuia Feuerwehrgerätehaus. Des war mal wirklich al super Sach von deam Architekt. Der hat so viel Kompetenz en seim Vortrag zoigt ond em Gmoidrat des Feuerwehrhaus so guat vorgstellt, dass glei alle Gmoidrät ohne lang zom fraoga drfür warat. Wia dr alt Osiander woiß, hat natürlich d'Feuerwehr bei der Planong ao sauber mitgmacht ond ao viel Zeit mit dem Architekt zamma en dia Planonga neig'hängt. Ao deswega isch des tolle Ergebnis drbei rauskomma.

Dr alt Osiander hat schnell g'merkt, dass sich dia Gmoidrät bei deam nuia Architekt sehr wohl fühlat ond a guats Vertraua en dean hant. Des isch a guater A'fang ond a guats Zoicha für des Millionaprojekt, moint dr alt

Von Gemeinderat Dominic Weiss

Sitzung vom 26.7.2022

Der Gemeinderat hat die Neuerstellung der Homepage und die Beschaffung eines neuen Zeiterfassungssystems für unsere Gemeinde beschlossen. Außerdem wurde die Beschaffung von Winterdienstgeräten (Behälter zur Soleaufbereitung, ein Schneepflug und zwei Streuer) beschlossen.

Sitzung vom 9.8.2022

Dem städtebaulichen Vertrag zur Erschließung des Baugebiets Franziskaweg wurde zugestimmt.

Beim Neubau des Naturkindergartens soll jetzt eine alternative Ausführung in Holzbauweise bei der Neuausschreibung Berücksichtigung finden.

Sitzung vom 27.9.2022

Für die Bebauungspläne „Gewerbegebiet zwischen K 3023 und Heinrich-Röhm-Straße“ und „Franziskaweg“ wurden Satzungsbeschlüsse und für den Bebauungsplan „Weiherbraike II“ Beschlüsse zur Abwägung, zur Billigung des Entwurfs und zur Offenlage gefasst.

Die Gemeinde bemüht sich, eine Förderung für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen in der Hermann-Eberhardt-Halle im Rahmen des Programms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu bekommen.

Sitzung vom 25.10.2022

Dem Gremium wurde durch den Verbandsdirektor Thomas Eble die Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 vorgestellt und erläutert.

Der Gemeinderat verabschiedete den 1. Nachtragshaushaltsplan 2022 für den Kernhaushalt und den 1. Nachtragswirtschaftsplan 2022 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung.

Für den Bebauungsplan des neuen Rettungszentrums wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst und eine Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Für das neue Rettungszentrum und den Neubau des Feuerwehrgerätehauses wurden die Vorentwürfe gebilligt.

Sitzung vom 15.11.2022

Der Gemeinderat hat die Bestellung des neuen Kämmerers Andreas Eßlinger zum 1. Dezember 2022 zum Standesbeamten zur Kenntnis genommen.

Kurz und knapp aus dem Gemeinderat



Von Gemeinderat Reiner Lindenmayer

Fertigstellung der neuen Hürbebrücke verzögert sich

Der Bau des Hürbestegs steht kurz vor der Fertigstellung. Nachdem die Firma Hochstatter aus Wittislingen den Zuschlag erhalten hatte, baute diese Firma in den vergangenen Wochen das Fundament der Brücke wieder komplett neu auf. Die Kosten für die Fundamentierung liegen bei rund 130.000 Euro.

Das Brückenbauwerk selbst besteht aus einer massiven Stahlkonstruktion, die von der Firma Wölz aus Gundelfingen konstruiert und gebaut wurde. Die Kosten für die Brücke betragen rund 93.000 Euro.

Die Fertigstellung der Brückenkonstruktion war ursprünglich bereits für Ende Oktober 2022 zugesagt worden. Dieser Termin konnte leider nicht eingehalten werden. Voraussichtlich wird die neue Brücke nun erst Ende Januar oder Anfang Februar 2023 benutzbar sein.

Obwohl mit 90 % Zuschuss für die Gesamtmaßnahme gerechnet werden darf, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion die Breite der Brücke von stattlichen 4 Metern auf 3 Meter reduziert. Natürlich bringt diese Reduzierung

der Brückenbreite nicht nur dem Land, sondern auch für unsere Gemeinde Sontheim eine deutliche Einsparung.



Die fast fertige Brücke über die Hürbe zwischen Bergenweiler und Hermaringen. Unser Foto zeigt den Blick in Richtung Bergenweiler. Foto: G. Neumann



Wie weit sind die Planungen für den Naturkindergarten?

Nach Vorlage einer entsprechenden Kostenberechnung durch das beauftragte Architektenbüro bereits im ersten Halbjahr 2022 wurde der Naturkindergarten in Containerbauweise auf rund 745.000 Euro veranschlagt und am 1. Juli 2022 ausgeschrieben. Am 9. August 2022 wurden dann die Ausschreibungsergebnisse dem Sontheimer Gemeinderat vorgestellt.

Das günstigste Angebot einer auf dem Härtsfeld ansässigen Firma lag dabei bei über 1,46 Mio. Euro. Aufgrund dieses eklatanten Preisunterschiedes und auf Anraten der Fachleute entschloss sich der Gemeinderat die „Notbremse“ zu ziehen und beauftragte das Architektenbüro und das örtliche Bauamt, nach Alternativen zu suchen. Derzeit läuft eine Ausschreibung die sehr „offen gehalten“ ist und damit auch wieder verschiedene Risiken in sich birgt. Die Fertigstellung des Naturkindergartens ist laut den Ausschreibungsunterlagen für den August 2023 vorgesehen.

Gute Zwischenlösung gefunden

Dankenswerterweise konnte ein Teil unserer Kinder in der Zwischenzeit eine Heimat im Sontheimer Schützenhaus finden. Damit konnte eine kleine Entlastung er-

reicht werden. Die Planung für weitere Plätze in der Kinderbetreuung ist jedoch unumgänglich, weshalb die Verwaltung angehalten ist, schnellen Schrittes weitere Möglichkeiten der Unterbringung zu suchen. Vorschläge hierfür wurden vom Gemeinderat gemacht.

Ein etwas umstrittener Standort



Hier zwischen Fußballstadion und Tennisplatz soll der neue Naturkindergarten gebaut werden. Foto: G. Neumann



Auch Sontheim spart ab dem nächsten Jahr nachts Strom

In den letzten Wochen wurde in verschiedenen Gemeinden unseres Landkreises und anderswo beschlossen, die nächtliche Straßenbeleuchtung stundenweise abzuschalten. Manche Gemeinderäte argumentieren aber auch mit Haftungsgründen dagegen, was jedoch etwas unlogisch erscheint.

Inzwischen wurde auch in Sontheim vom Gemeinderat am 25. November beschlossen, die Straßenbeleuchtung mit Ausnahme der Haupt- und Durchgangsstraßen von 0.00 Uhr bis 4.00 Uhr abzuschalten.

Wir haben das ja vor Jahren schon einmal ausprobiert. Ich muss allerdings einräumen, dass wir da vielleicht der Zeit voraus waren. Damals schien es, als ob die Ressourcen unendlich seien und zum Sparen wenig Grund vorhanden, obwohl es eindringliche Warnungen vor zu viel Energieverbrauch bereits gab. Aber die Klimaveränderungen waren noch nicht so deutlich spürbar. Manche Mitbürger/innen sahen es als großen Verlust an, wenn die Beleuchtung nachts nicht durchgehend brannte. Aber nicht alles, was man in den wohlhabenden Jahren unbedingt zu brauchen glaubte, war auch sinnvoll.

Inzwischen hat uns die Realität auf unterschiedliche und dramatische Weise eingeholt. Die derzeitige Krisensituation macht uns deutlich, wie wichtig es ist, Brennstoffe einzusparen.

Außerdem wird niemand mehr ernsthaft bestreiten wollen, dass das Klima sich rasant verändert. Dies zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen, muss unser aller Ziel sein. So unglaublich das klingen mag: Eine dunkle Nacht ist natürlich und schon die Tier- und Pflanzenwelt. Dazu hin wird auch der Ausstoß von Treibhausgasen verringert.

Nicht zuletzt käme eine zeitweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung auch unserem Geldbeutel zugute. Nehmen wir eben ein Taschenlämpchen mit, wenn wir vorhaben, zu später Stunde zu Fuß nach Hause zu kommen – es wird sich zeigen, dass das gar nicht so oft nötig sein wird.

Wenn man sieht, was die Welt aktuell für Probleme hat (und es scheint so, als ob diese nicht weniger würden), so wäre unser Verzicht auf hell erleuchtete Straßen mitten in der Nacht doch ein ziemlich kleines Opfer.



Nachahmenswert

Bei der Hauptversammlung des Fördervereins Schloss Brenz gab Kassierer Moser bekannt, dass beim SPD-Empfang zum 80. Geburtstag von Willi Häfele am 31. August **1.230 €** fürs Schloss gespendet wurden.

Der ehemalige Gemeinde- und Kreisrat hatte seinen Verzicht auf Geburtstagsgeschenke erklärt und stattdessen für Spenden an den Förderverein zugunsten des Schlosses geworben.

Auf einmal ist die Energieversorgung ein Problem

Im Februar 2022 begann der Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Neben all den schrecklichen Auswirkungen für die Menschen wurde plötzlich auch deutlich, wie labil die Energieversorgung in Deutschland tatsächlich ist. Innerhalb kürzester Zeit stiegen die Kosten für Gas und Öl dramatisch an, und dies bringt seither viele Menschen in unserem Land in finanzielle Bedrängnis. Daran ändern auch die Hilfsaktionen nichts grundlegend, die von unserer Regierung auf den Weg gebracht wurden.

Was mich aber schon erstaunte, waren die Reaktionen und Wortmeldungen derer, die in den letzten 20 Jahren maßgeblich dafür verantwortlich waren, dass sich Deutschland nahezu ausschließlich von russischen Erdgaslieferungen abhängig gemacht hat. Der ernsthafte und beschleunigte Umstieg auf erneuerbare Energien wurde nicht bzw. nur halbherzig verfolgt. Der Grund hierfür ist unter anderem darin zu sehen, dass sich das bis zum Beginn dieses Jahres wirtschaftlich nicht gerechnet hat, weil der Einkauf von Öl und Gas immer noch günstiger war als die Nutzung regenerativer Energieformen.

Erneuerbare Energien verhindert

Hier einige Beispiele, die zeigen, wie die Energiewende ausgebremst wurde und leider immer noch wird:

Da gibt es zum Beispiel einen Herrn in Bayern, der in den letzten 20 Jahren maßgeblich dafür gesorgt hat, dass der Ausbau von Windenergie in Bayern nur sehr schleppend vorangegangen ist. Nirgendwo sonst in Deutschland wurden Verordnungen erlassen, wie die 10 H-Abstandsregel des Herrn Söder und seiner Regierung in Bayern. Die meisten Windräder haben eine Nabenhöhe von ca. 130 Metern – mit der bayrischen Verordnung muss daher ein Mindestabstand von 1,3 km zum nächstgelegenen Wohngebäude eingehalten werden – das verhinderte die Nutzung von vielen durchaus geeigneten Flächen zur Energiegewinnung durch Windkraft.

Ein weiteres Beispiel für eine völlig unzureichende Energiepolitik der letzten Jahre ist der immer noch nicht in Angriff genommene Ausbau der Stromtrassen von Norddeutschland in den Süden. Auch hier hat sich durch das Argument der „Zumutbarkeit“ für die Anwohner so gut wie nichts getan. Die Folge ist, dass regenerative Energie nicht genutzt werden kann und dafür in Zeiten, wo viel Energie benötigt wird, mit Gas- oder Kohlekraftwerken Strom produziert werden muss.

Die Grünen haben wenig getan

Doch auch in Baden-Württemberg lief und läuft nicht alles so, wie man es sich von einer grünen Landesregierung vorstellen würde. Von den Grünen würde man durchaus erwarten, dass sie mit aller Macht den Umstieg auf regenerative Energien vorantreiben würden. Doch auch hier tut sich nichts. Eine durchaus mögliche verstärkte Nutzung von PV-Anlagen wird auch im Ländle nicht vorangetrieben. Ein Beispiel hierfür ist die Beschränkung der maximal zulässigen Leistung von sogenannten Balkonkraftwerken. Hier dürfen maximal 600Wp (Watt peak – also zulässige Höchstleistung der Anlage) in Betrieb genommen werden, obwohl in den meisten

Häusern mehr möglich wäre. Damit wird auch bei uns eine Beschränkung der regenerativen Stromerzeugung betrieben – und das in einem „grünen“ Bundesland. Grund hierfür mag sein, dass dadurch der Ertrag der Stromversorger geschmälert werden könnte.

Atomkraft weiter nutzen?

Als letztes Beispiel möchte ich noch die unsägliche Diskussion um die deutschen Atomkraftwerke anführen. Man mag sich fast nicht mehr daran erinnern, aber als am 11. März 2011 die Serie der Nuklearkatastrophen in Fukushima begann, wurde uns allen deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich diese Form der Energiegewinnung ist. Eine ganz große Mehrheit in Deutschland bekannte sich als Reaktion darauf zum Ausstieg aus der Kernenergie, die dann ja auch in Angriff genommen wurde. Zum Ende dieses Jahres sollten die letzten deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Nun, nachdem der Strompreis dramatisch gestiegen ist, wollen plötzlich viele von diesem Beschluss nichts mehr wissen und fordern den Weiterbetrieb der verbliebenen AKW – und zwar möglichst lange. Seltsamerweise ist das unter anderem wiederum der Herr Söder, der noch vor Kurzem vehement darauf gedrängt hat, dass es in Bayern kein Endlager für den Atommüll geben darf.

Energiepolitik neu denken

Ich bin der Meinung, dass sich an der Energiepolitik in unserem Land einiges ändern muss, wenn wir den Ausstieg aus fossilen Energieträgern ernst nehmen wollen.

Da kann es zum Beispiel nicht angehen, dass steigende Preise unmittelbar an die Verbraucher weitergegeben werden, wie es bei den Benzin- und Gaspreisen dieses Jahr passiert ist, sinkende Einkaufspreise aber sehr zeitverzögert oder überhaupt nicht beim Verbraucher landen. Wenn man die Nutzung von Solarenergie ernst nimmt, müssen Beschränkungen und Reglementierungen ganz oder zumindest auf ein Mindestmaß zurückgefahren werden – auch wenn das für die Netzbetreiber keine Vorteile bringt.

Und die Verbraucher (Private und Industrie) müssen endlich aufhören, kurzfristige finanzielle Gesichtspunkte als Kriterium in den Vordergrund zu stellen, anstatt seriös langfristige Effekte zu betrachten. Die aktuelle Situation führt uns deutlich vor Augen, wie schnell es vorbei sein kann mit den kurzfristigen Vorteilen. Besonders kritisch wird es dann für einkommensschwache Personen, die es sich plötzlich nicht mehr leisten können, ihre Wohnung vernünftig zu heizen.

Das sollte uns zu denken geben.



Energiepreispauschale auch für Rentnerinnen und Rentner



Auch wer in Rente ist, muss mit den gestiegenen Energiepreisen zurechtkommen. Die Regierungskoalition hat dafür gesorgt, dass auch Rentnerinnen und Rentner die Energiepreispauschale erhalten. Die Auszahlung erfolgt automatisch durch die Rentenzahlstellen und

die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen am 15. Dezember. Die Pauschale beträgt 300 Euro und ist steuerpflichtig; sie wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Über die Steuer wird das Gießkannen-Argument entkräftet. Wer wenig hat, zahlt keine oder eine niedrige Steuer. Wer viel hat, zahlt entsprechend mehr.

Anspruch darauf hat, wer in Deutschland wohnt und am Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamten- oder dem Soldatenversorgungsgesetz hat.

Das Gesetz sieht außerdem vor, dass die Obergrenze für sogenannte Minijobs – also der Übergangsbereich, in dem Arbeitnehmer/innen geringere Sozialbeiträge zahlen – von 1.600 auf 2.000 Euro angehoben wird. Die Rentenansprüche reduzieren sich dadurch nicht.

Besonders Geringverdienende profitieren von dieser Neuregelung, weil ihnen einfach mehr bleibt.

Außerdem wird durch die Erhöhung der Obergrenze der Anreiz erhöht, auch über einen Minijob hinaus erwerbstätig zu sein, wenn der Arbeitgeber mitmacht.



Flächenverbrauch im Landkreis Heidenheim ist ungebrochen



Der Flächenverbrauch ist ein Thema, das uns alle beschäftigen sollte. In den letzten 21 Jahren (2000 -2021) **verlor der Landkreis Heidenheim rund 1400 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und etwa 100 Hektar Wald.**

Um dieses wichtige Thema des Landverbrauchs zu thematisieren und in den Fokus zu rücken, haben wir für eine **Veranstaltung am 19. Januar 2023, um 19 Uhr** (Näheres kommt im Nachrichtenblatt), Herrn Prof. Dr. sc. agr. Willfried Nobel, Professor für Ökologie, insbesondere Siedlungsökologie, der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen, Hochschullehrer im Ruhestand, für einen Vortrag in unserer Gemeinde gewinnen können.

Wir möchten Sie heute schon auf die Veranstaltung aufmerksam machen und Sie herzlich zu diesem Vortrag einladen.

Erwin Resch
Ortsvereinsvorsitzender

Reiner Lindenmayer
Fraktionsvorsitzender

– Der Flächenverbrauch im Land ist ungebrochen Siedlungs- und Verkehrsfläche Baden-Württemberg 2011 – 2021

Jahr	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) Hektar	Verkehrsfläche Hektar	Wohnbaufläche Hektar	Industrie- und Gewerbefläche Hektar
2011	508.000 (100 %)	146.000 (28,7 %)	145.000 (28,5 %)	45.200 (8,9 %)
2021	528.000 (100 %)	199.000 (37,8 %)	158.000 (30,0 %)	74.800 (14,2 %)
Veränderung	+ 20.000 (+ 3,9 %)	+ 53.000 (+ 36,3 %)	+ 13.000 (+ 9,0 %)	+ 29.600 (+ 65,5 %)

Quelle: StatL BW 2012, 2022. Zahlen gerundet.

– Der Flächenverbrauch im Land ist ungebrochen Siedlungs- und Verkehrsfläche Landkreis Heidenheim 2011 – 2021

Jahr	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) Hektar	Verkehrsfläche Hektar	Wohnbaufläche Hektar	Industrie- und Gewerbefläche Hektar
2011	7.840 (100 %)	3.210 (40,9 %)	2.210 (28,2 %)	639 (8,2 %)
2021	8.190 (100 %)	3.240 (39,6 %)	2.380 (29,1 %)	1.208 (14,7 %)
Veränderung	+ 350 (+ 4,5 %)	+ 30 (+ 0,9 %)	+ 170 (+ 7,7 %)	+ 569 (+ 89,0 %)

Quelle: StatL BW 2012, 2022. Zahlen gerundet.

Die beiden Tabellen stammen aus dem Bericht:

Flächenverbrauch, Nachhaltigkeit, Bodenschutz – Gewerbeflächen versus Lebensmittelversorgung?

6 von Prof. Dr. Willfried Nobel.

Grün-Schwarz blockiert beim Bürgergeld



Dass die Einführung des Bürgergeldes zu Beginn des nächsten Jahres möglicherweise verzögert wird oder schlimmstenfalls gar nicht kommt, hat sich nicht zuletzt unsere grün-schwarze Landesregierung auf die Fahnen zu schreiben. Ministerpräsident Kretschmann und die Grünen haben als stärkere Regierungsfraktion hier der CDU klein beigegeben und das unanständige parteitaktische Spiel von Friedrich Merz und Markus Söder noch weiter befeuert.

Wann wird der Ministerpräsident endlich aufhören, sich in der Runde der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten gegen seine eigene Partei in der Bundesregierung zu stellen? **Mit der Enthaltung im Bundesrat wird diese Landesregierung ihrer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht. Sie schadet damit vor allem gerade den Menschen, die ohnehin finanziell schlechter dastehen und besonders hart von den hohen Energie- und Lebenshaltungskosten betroffen sind.**

Das von Arbeitsminister Hubertus Heil ausgearbeitete Konzept für das Bürgergeld würde unseren Sozialstaat endlich auf die Höhe der Zeit bringen. Vor allem den kulanteren Umgang mit dem Schonvermögen und die sechsmonatige Karenzzeit kritisieren CDU und CSU. Dabei sollen gerade diese Maßnahmen mehr Respekt vor der Lebensleistung derjenigen Menschen zeigen, die ihr Leben lang gearbeitet und Rücklagen geschaffen haben. Stattdessen werden böswillige Neiddebatten der Armen gegen die Ärmsten geschürt. „Arbeit muss sich lohnen!“, fordern CDU und CSU jetzt. Bei den

Verhandlungen zum Mindestlohn oder über mehr Tarif-treue war davon nichts zu vernehmen. Hätten sich diese Parteien früher und stärker für Löhne eingesetzt, von denen Menschen auch ordentlich leben können, dann wären jetzt deutlich weniger Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen. Es wäre ein echter Kulturwandel, wenn nicht mehr alle, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, unter Generalverdacht gestellt würden, faul und arbeitsscheu zu sein. Ein Ende der harten Sanktionen, wie es auch das Bundesverfassungsgericht fordert, und ein Wechsel hin zu mehr und besseren Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ist das, was wir jetzt für die Transformation unserer Wirtschaft und gegen den wachsenden Fachkräftemangel brauchen.

Es bleibt nur zu hoffen, dass es im Vermittlungsausschuss bald zu einer tragfähigen Lösung kommt. Denn wer in dieser Sache nicht schnell und konsequent handelt, nimmt billigend in Kauf, dass Armut und Verdruss weiter steigen. Das wäre eine echte Gefahr für unsere Demokratie.



Landtagsabgeordneter Andreas Stoch zum nächsten Doppelhaushalt:

„Mit gezielter Haushaltspolitik gegen die Krise ansteuern!“

Der Entwurf für den Staatshaushalt 2023/2024 wurde bereits in den Landtag eingebracht. Die weiteren Beratungen stehen bevor, und vor Weihnachten soll der Haushalt verabschiedet werden. Mit einem Gesamtvolumen von 121 Milliarden Euro ist der größte Doppelhaushalt des Landes ein Haushalt des Zögerns und Zauderns. Zugegeben, dieser Haushalt steht nach zwei Corona-Jahren und mit der durch den Ukrainekrieg verursachten Energiekrise unter besonderen Vorzeichen. Doch gerade in Krisenzeiten darf der Staat nicht zögerlich sein, sondern muss mit gezielter Haushaltspolitik und klugen Zukunftsinvestitionen gegensteuern. Hier sollte sich Baden-Württemberg ein Beispiel an der Entschlossenheit der Ampelregierung im Bund nehmen. Die Kassenlage im Land ist gut und liebe das durchaus ohne weiteres zu. Zusammen mit den jüngsten Steuerschätzungen kann bis 2024 mit Steuererhöhungen von insgesamt rund 11 Milliarden Euro gerechnet werden. Dazu kommen Ausgabenreste und Überschüsse aus den vergangenen Jahren in gewaltiger Höhe. Doch während in Berlin geklotzt wird, wird in „The Länd“ nur gekleckert.

Die in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Kretschmann angekündigten Entlastungen reichen nicht aus. Zinsgeminderte Liquiditätshilfen und Energieberatungen sind nicht genug! Wir als SPD erwarten von der Landesregierung endlich Handlungsfähigkeit und Handlungswillen und eine Finanzpolitik, die in einer der größten Krisen dieses Landes nicht in Schockstarre verfällt und Rücklagen über Rücklagen anhäuft.

Wir fordern massive Investitionen auf drei wichtigen Gebieten: schnelle und unbürokratische Soforthilfen und Entlastungen für Privatleute und Wirtschaft, die Förderung von Kindern und Jugendlichen durch den Ausbau und die Stärkung von Kitas und Schulen und ein Investitionsprogramm „Starkes Baden-Württemberg“ mit Fokus auf die Transformation unserer Wirtschaft und den Ausbau erneuerbarer Energien. Das ist der wichtigste Haushalt dieser Legislaturperiode, **wahrscheinlich der wichtigste Haushalt in vielen Jahren. Wir haben jetzt die Chance und müssen sie ergreifen, die richtigen Weichen für unser Land zu stellen.**

Von Bernhard Fischer



Ein Blick über die Landesgrenze: Seeadlerhorst im Donaumoos

Wer Zeitung liest, hat es schon vor Monaten erfahren: Es gibt inzwischen tatsächlich einen Seeadlerhorst im Donaumoos irgendwo im Landkreis Dillingen. Sogar zwei Junge wurden dort in diesem Jahr geboren.



Blick auf die Seen- und Moorlandschaft des Gundelfinger Moores von einem der Beobachtungstürme aus.
Foto: Bernhard Fischer

Das Naturschutzgebiet Gundelfinger Moos südlich von Sontheim ist aus der Sicht von Vogelfreunden und Naturliebhabern schon ein besonderes Gebiet, welches von europäischer Bedeutung ist und sozusagen gleich vor unserer Haustüre liegt. Von Beobachtungstürmen aus kann die Seen- und Moorlandschaft betrachtet werden, und über den hier abgebildeten, abschnittbaren QR-Code oder die Webseite kann man erfahren, welche Vögel dort in den letzten 14 Tagen von Ornithologen beobachtet wurden. Darunter befinden sich auch äußerst seltene Exemplare.



Die Wiedervernässung des Gundelfinger Moores durch den Freistaat Bayern steht übrigens an und wird sicher das Naturerlebnis in dem betroffenen Gebiet bereichern. Auch sollen dadurch die charakteristischen Lebensgemeinschaften dieser Moorlandschaft erhalten werden.



Immer mehr Windkraftstrom

In Europa werden derzeit 16% des elektrischen Stromes durch Windkraft erzeugt. Nach dem erklärten Willen der EU-Kommission sollen es bis zum Jahr 2050 sogar 50% sein. Beim globalen Ausbau der Windkraft ist inzwischen China klar in Führung: Von 97 Gigawatt (GW), die weltweit 2021 zugebaut wurden, entfielen allein 55 GW auf dieses Land. Danach folgten die USA mit 12,5 GW.



Zu wenig Wohnungen

Dass die Anzahl der Wohnungen in Deutschland nicht ausreicht, hängt u.a. auch damit zusammen, dass die Wohnfläche pro Person in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Während z.B. in Baden-Württemberg 1986 auf jede/n Einwohner/in nur 36 m² Wohnfläche kamen, waren es 2021 bereits 47 m².

Riesige Gewinne

Die überhöhten Preise für Heizöl, Diesel und Benzin haben den Ölkonzernen riesige Gewinne beschert. So hat z.B. der Ölmulti Shell allein im 3. Quartal 2022 (von Juli bis September) einen Gewinn von 6,7 Milliarden € (das sind 6.700 Millionen €!) eingefahren. Deshalb wäre eine so genannte „Übergewinnsteuer“ durchaus berechtigt, damit wenigstens die Gemeinschaft auch etwas davon hätte.



1 Billion Millimeter

Wie lang eine Strecke von 1 Billion mm ist, war die Frage im letzten „andre blättle“. Hier kommt die Auflösung: 1 Billion (10¹²) mm sind 1 Milliarde (10⁹) m oder 1 Million (10⁶) km. Dies entspricht dem 25fachen Erdumfang am Äquator. Wenn ein Mensch in seinem ganzen Leben eine solche Strecke zurücklegen wollte, müsste er 80 Jahre lang jeden Tag rund 34,2 km laufen.

Wie schnell ist die Erde?

Unsere Erde fliegt bekanntlich auf einer (fast) kreisförmigen Bahn um die Sonne und braucht dafür ein Jahr. Schätzen Sie mal (oder versuchen Sie es zu berechnen), welche Geschwindigkeit die Erde auf ihrer Bahn um die Sonne hat. Die Lösung erfahren Sie von mir im nächsten Blättle.

Willi Häfele



Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim

Verantwortlich: Erwin Resch
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Lange Str. 22
89567 Sontheim
resch.erwin@gmx.de

Herstellung und Layout:
Günther Neumann und Willi Häfele
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.400

Spendenkonto: KSK Heidenheim
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

